

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



ÜBER DEN WOLKEN ...
So läuft ein Tag beim Manöver „Air Defender“ ab. Seite 3

PREMIERE FÜR DEN BUND
Erstmals legt die Ampel für Deutschland eine nationale Sicherheitsstrategie vor. Seite 5



ÜBERBLICK

KulturPass gestartet: Das gibt's in der Region

BONN (red) Der KulturPass im Wert von 200 Euro für junge Erwachsene ist gestartet. 18-Jährige können damit Bücher kaufen oder Kinos, Konzerte, Ausstellungen besuchen. Was in der Region geboten wird, lesen Sie auf Seite 23

Mit dem Pusterohr voll auf die Zehn zielen

TRIER (red) Immer mehr Schützenvereine bieten Blasrohrschießen als neue Disziplin an. Dabei gibt es die „Disziplin“ schon seit 3000 Jahren. Seite 18

Ein Besuch in einer Trierer Kultkneipe

TRIER (red) In den 1980er Jahren war das Zapotex am Trierer Pferdemarkt ein Treffpunkt für alle, die anders sein wollten, sagt Bernd Krier – seit damals dort Wirt. Nostalgie-Gespräche über früher. Seite 14

GEWINNZAHLEN

Lotto: 12 - 15 - 17 - 21 - 29 - 44
Superzahl: 5
Super6: 1 4 0 4 0 2
Spiel 77: 3 5 9 9 1 3 9
(ohne Gewähr)

ZITAT

„Der Unterschied zwischen den Grünen und mir ist: Die doktern seit drei Jahren an ihrer Wärmepumpe rum. Meine zuhause läuft schon.“

Christian Lindner
Der FDP-Chef über die Bemühungen der Grünen, ihre Parteizentrale mit einer Wärmepumpe auszustatten.

WETTER

12° Tiefsttemperatur der kommenden Nacht.
26° 13°

Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 25
HÄGAR SEITE 24
SUDOKU SEITE 24
FREIZEIT SEITE 22
FÜR KINDER SEITE 24

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,20 €, NR. 136



4 194971 102200 40124



SOMMERTRENDS 2023

Veganes Eis ist angesagt

REGION (dpa) Wenn Eiscremes ohne Sahne angesagt sind, Frauen keine Hose tragen und Männer kaum was obenrum – ja dann ist Sommer 2023. Eine Übersicht, was diesen Sommer in Mode und Freizeit im Trend liegt – jenseits von Freibad-Pommes oder dem Radler nach der Bike-Tour: Welt Seite 27

FOTO: ISTOCK/SUBJUG

Einigung beim Heizungsgesetz: Das müssen Hausbesitzer nun wissen

Kritik an dem Kompromiss kommt sowohl von Verbrauchervertretern als auch von Klimaschützern. Es wird befürchtet, dass Hausbesitzer weiter auf Öl- und Gasheizungen setzen.

VON BERN WIENTJES

BERLIN/TRIER Heizen mit Holz bleibt weiterhin erlaubt – auch in Neubauten. Und Besitzer von Öl- und Gasheizungen haben länger Zeit, auf eine klimafreundliche Heizung umzustellen. Darauf einigten sich die Ampelparteien in Berlin bei ihrem Kompromiss beim Gebäudeenergiegesetz. Noch fehlt allerdings die Zustimmung des Bundestags. Anders als im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehen, sollen Holz- und Pelletheizungen als klimafreundlich gelten. Sie können daher auch mit Öl- oder Gasheizungen kombiniert werden, um so die Vorgaben zu erfüllen, mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbarer Energie zu heizen.

Der Kompromiss sieht zudem vor, dass das Gebäudeenergiegesetz und das sogenannte Wärmeplanungsgesetz aneinander gekoppelt werden und beide zum 1. Januar 2024 in Kraft treten sollen. Demnach müssen Länder und Kommunen bis 2028 konkrete Pläne vorlegen, wie sie ihre Wärmeversorgung klimaneutral umbauen wollen – etwa über den Ausbau der Fernwärme. Hausbesitzer,

die an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden, müssen sich keine Gedanken mehr über den Einbau etwa einer Wärmepumpe machen. Solange keine kommunale Wärmeplanung vorliegt, sollen im Bestand beim Heizungsaustausch die Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes noch nicht gelten.

Ab Anfang 2024 sollen weiter Gasheizungen eingebaut werden dürfen – wenn diese auf Wasserstoff umrüstbar sind. Das soll auch für Neubauten außerhalb von Neubaugebieten gelten. In Neubaugebieten soll das Heizungsgesetz ab Januar 2024 gelten, es soll also nur eine Heizung mit einem Anteil von 65 Prozent Ökostrom eingebaut werden dürfen.

Energieexperte Hans Weinreuter von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz befürchtet, dass viele Hausbesitzer bei der Erneuerung der Heizungsanlage weiter auf Öl- und Gasheizungen setzen werden. Dabei werde häufig außer Acht gelassen, dass die zu erwartende Erhöhung der CO₂-Preise Erdgas und Heizöl auf Dauer teuer mache. Er rät, bei einer neuen funktionierenden Heizungsanlage die Zeit bis 2028 dazu zu nutzen,

einfache oder auch umfangreichere Maßnahmen am Gebäude umzusetzen, um dessen Energieeffizienz zu steigern.

Längst nicht alle Kommunen haben bereits eine Wärmeplanung. In Trier etwa hat man mit einer entsprechenden Planung gerade erst begonnen. Zwar hat die rheinland-pfälzische Landesregierung sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2035 klimaneutral zu werden. Kommunen sind aber, anders als in anderen Bundesländern, bislang nicht verpflichtet, Wärmeplanungen vorzulegen.

Beim rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Städtebund hat man daher Zweifel, dass die Kommunen im Land rechtzeitig entsprechende Planungen vorlegen können. Der Aufwand dafür sei groß. Verbandsführer Karl-Heinz Frieden sieht trotz des Kompromisses noch viele offene Fragen. Etwa, wie das Land die bundesrechtlichen Vorgaben für eine Wärmeplanung konkret umsetzen werde. Energieexperte Weinreuter bezweifelt, dass „ein nennenswerter Ausbau von Nahwärmelösungen in kleineren Gemeinden“ mittelfristig gelingt.

Klimaschützer kritisieren, dass das Gebäudeenergiegesetz durch den Kompromiss „weichgespült“ worden sei und die Klimaschutzziele so nicht mehr erreicht werden könnten. „Von dem Vorhaben, ab 1. Januar 2024 möglichst jede neue Heizung zumindest teilweise mit erneuerbaren Energien zu betreiben, ist nichts mehr übrig“, sagt Sabine Yacoub, Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). „Die getroffenen Vereinbarungen ermöglichen den Weiterbetrieb von klimaschädlichen Gasheizungen noch bis 2045.“

Sebastian Seiffert, Chemiker an der Uni Mainz und Mitglied der Klimaliste Rheinland-Pfalz – einem Zusammenschluss von Klimaschützern und Wissenschaftlern – rechnet damit, dass es, falls das Gesetz so verabschiedet wird, zu Klagen kommen wird, da die Klimaschutzziele möglicherweise nicht erreicht werden könnten. Wenn im Gebäudesektor weniger CO₂ als geplant eingespart werde, müsse dies an anderer Stelle geschehen, sagt Seiffert.

Themen des Tages Seite 2
Meinung Seite 4

Missbrauch in der Kirche: Jetzt wird's für die Täter teuer

TRIER (sey) Opfer von Missbrauch durch Priester können offenbar mit deutlich höheren Entschädigungen rechnen als in der Vergangenheit. Das Kölner Landgericht hat einem ehemaligen Messdiener, der in den 70er Jahren von einem katholischen Geistlichen über 300 Mal missbraucht worden ist, 300.000 Euro Schmerzensgeld zuerkannt. Wird das Urteil rechtskräftig, muss das Erzbistum Köln das Geld zahlen.

Ein Sprecher der Trierer Opfervereinigung Missbit sprach gegenüber unserer Redaktion von einem Urteil mit Signalwirkung. Einige Mitglieder von Missbit dächten nun ebenfalls bereits über eine Schmerzensgeldklage nach. Das Bistum Trier wollte sich zunächst nicht zu möglichen Auswirkungen des Kölner Urteils äußern.

Themen des Tages Seite 2

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Till Lindemann

TRIER (Mos) Nach Strafanzeigen ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft wegen eines Anfangsverdachts gegen Rammstein-Sänger Till Lindemann. Das berichtete am Mittwoch der Tagesspiegel und berief sich auf eine Aussage von Justizsenatorin Felor Badenberg. Ihr zufolge hat die Staatsanwaltschaft von Amts wegen Ermittlungen wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen Paragraph 177 des Strafgesetzbuches eingeleitet. Dieser greift bei sexuellen Übergriffen, sexueller Nötigung sowie Vergewaltigung. Zudem lägen mehrere Strafanzeigen vor. Trierer Feministinnen fordern, das für November in Trier geplante Lindemann-Solo-Konzert abzusagen.

EU will Künstlicher Intelligenz Fesseln anlegen

STRASSBURG (dpa) Ein geplantes Gesetz zu schärferen Regeln für Künstliche Intelligenz (KI) in der EU hat eine weitere Hürde genommen. Das Europaparlament legte am Mittwoch in Straßburg seine Position fest. Demnach sollen KI-Systeme in verschiedene Risikogruppen eingeteilt werden. Je mehr Gefahr von der jeweiligen Anwendung ausgeht, desto strengere Regeln könnten gelten.

Themen des Tages Seite 7

Nach Gifteinsatz gegen Wühlmäuse: 19 Eifeler in der Klinik

Weil sie Schädlingsbekämpfungsmittel falsch ausbrachte, löste eine Bitburger Hausbesitzerin einen Großeinsatz aus.

VON FRANK AUFFENBERG

BITBURG Eigentlich wollte sie nur den verhassten Wühlmäusen in ihrem Garten an den Kragen. Doch statt die lästigen Buddler erfolgreich zu vertreiben, hat eine Hausbesitzerin im Bitburger Neubaugebiet, „Auf dem Monental“ am späten Dienstagabend einen Großeinsatz von Feuerwehr, Polizei und Rettungskräften ausgelöst – 19 Menschen mussten vorsorglich in ein Krankenhaus gebracht werden, rund 90 Rettungskräfte waren im Einsatz. Dabei war zu Beginn des

Einsatzes nicht zu erahnen, wie sich die Situation entwickeln würde.

Um 21.38 Uhr ging der Notruf bei der Rettungsleitstelle ein. In dem Wohngebiet brenne eine Hecke. Vor Ort zeigte sich zwar dichter Rauch in dem Garten, Brandgeruch oder Flammen waren aber nicht zu bemerken – eher ein beißender Gestank.

Die Hausbesitzerin berichtete, ein Mittel zur Bekämpfung von Wühlmäusen in ihrem Hochbeet verteilt zu haben. Nach dem Wässern der Beete sei plötzlich der erste Rauch aufgetreten und sie habe vermutet,

dass es brenne. Die Retter reagierten angesichts dieser neuen Informationen prompt, sperrten den Gefahrenbereich weiträumig ab, wiesen die Anwohner an, Fenster und Türen geschlossen zu halten, und alarmierten die Schnelleinsatzgruppe sowie den Gefahrfahrer der Feuerwehr des Eifelkreises Bitburg-Prüm.

Ein Blick in das Datensicherheitsblatt des Mittels zeigte, dass die Frau ein Mittel zur Vertreibung der Wühlmäuse falsch verwendet hatte. Statt das mittlerweile nicht mehr im Handel erhältliche Polytanol direkt in die

Wühlmausgänge zu geben, hat die Gärtnerin es flächig auf dem Beet verteilt. Beim Kontakt mit dem Gießwasser reagierte das Mittel, wie es sollte: mit der Bildung von Phosphorwasserstoff – einem Gas, das die Mäuse mit stechendem, knoblauchartigem Gestank vertreibt. Das Gartenwasser führte aber zu einer viel zu starken Reaktion.

Gegen 2 Uhr wurden laut Mitteilung der Polizei bei einer Giftstoffmessung durch den Gefahrfahrer keine gesundheitsgefährdenden Stoffe mehr nachgewiesen. Bis etwa 4 Uhr blieben

zwei Einsatzkräfte an der Gefahrenstelle. Die Rettungsdienste und ein Notarzt wurden zur möglicherweise notwendigen Behandlung der Menschen, die Kontakt mit dem Rauch hatten, herbeigerufen: 14 Feuerwehrangehörige, zwei Polizeibeamte, die Verantwortliche sowie zwei weitere Anwohner wurden vorsorglich ins Bitburger Krankenhaus gebracht. Sie hatten Glück. Bei niemanden zeigten sich die befürchteten Vergiftungssymptome, alle konnten am Mittwoch gesund entlassen werden.

Lokales